

Frage 4: Sind Sie bereit, im Rahmen einer zukünftigen Steuerreform der Entlastung der Familien mit Kindern, besonders der kinderreichen Familien, eine Priorität einzuräumen, sodass bei der Besteuerung des/der Steuerpflichtigen auf Grund der Gesetzesänderungen letztlich für jedes Kind ein Existenzminimum steuerfrei bleibt? Welche Maßnahmen haben Sie vor, um von derartigen wirtschaftlichen Komponenten abgesehen eine deutlich kinderfreundlicheres Klima zu bewirken?

SPÖ

Eine vorgezogene Steuerreform zum ehest möglichen Zeitpunkt ist angesichts des schwächer werdenden Wirtschaftswachstums und der Rekordinflation notwendig, damit die Kaufkraft der BezieherInnen kleiner Einkommen nicht völlig einbricht. Mit einer vorgezogenen Steuerreform nutzt man das gute Steueraufkommen aus der Hochkonjunkturphase, bekämpft rechtzeitig die bevorstehende Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung und setzt eine wirksame Maßnahme gegen die Folgen der Teuerung. Ziel der von der SPÖ geforderten Steuerreform ist, dass vor allem die BezieherInnen kleiner Einkommen und der Mittelstand entlastet werden.

Für die Entlastung der Familien gilt für die SPÖ der Grundsatz „Jedes Kind ist gleich viel wert“ . Es darf bei staatlichen Leistungen keinen Unterschied machen, in welcher Familie ein Kind aufwächst. Die SPÖ hat sich in den Beratungen der Steuerreformkommission für eine Erhöhung der Familienbeihilfe und/oder des Kinderabsetzbetrags und/oder eines Absetzbetrags für Kinderbetreuungskosten eingesetzt. Durch die Aufkündigung der Koalition durch Vizekanzler Molterer konnten aber die Verhandlungen über dieses wichtige Thema nicht abgeschlossen werden. Wir werden unsere Überlegungen zur Entlastung der Familien weiterentwickeln und in die Debatte über die Steuerreform einfließen lassen.

Über die ökonomische Dimension hinaus haben wir ambitionierte Ziele in der Kinder- und Jugendlichenpolitik, um ein kinderfreundlicheres Klima zu bewirken:

- Kinderrechte sollen endlich als Grundrechte gemäß der UNO-Kinderrechtskonvention in der Verfassung verankert werden.
- Selbst in einem reichen Land wie Österreich haben viele Kinder und Jugendliche nicht dieselben Zugangsmöglichkeiten zur optimalen Bildung, zur Gesundheitsversorgung und zum gesellschaftlichen Leben. Maßnahmen gegen Kinderarmut müssen deshalb verstärkt werden.
- Wir wollen die Politische Bildung in den Schulen aufwerten und dem Wunsch der jungen Bürgerinnen und Bürger nach mehr Information entsprechen.
- Eine unabhängige SchülerInnen-Ombudsstelle soll institutionell verankert werden, um die Mitbestimmung an den Schulen zu verbessern. Kinder- und Jugendanwälte wollen wir stärken.
- Im Bereich der Kinder- und Jugendkultur werden wir zukunftsweisende Modelle fördern.
- Für Lehrlinge wollen wir Erleichterungen bei den Internats- und Fahrtkosten erreichen.
- So wie Erwachsene auch, tappen Jugendliche leider nur allzu oft in die Schuldenfalle (Internetkosten, Handykosten etc.). Bessere Beratung für Jugendliche über Verträge, Finanzdienstleistungen, Konsumentenschutzrecht soll verstärkt Abhilfe schaffen.

ÖVP

Die ÖVP steht zu ihrem Wort, im Jahr 2010 eine weitere Steuerentlastung mit dem Ziel fairer und gerechter Steuern umzusetzen. Eine umfassende Entlastung für Familien steht dabei im Vordergrund. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft. Unsere Auffassung von Gerechtigkeit ist, dass ein Einkommen, von dem mehrere Personen leben müssen, auch weniger besteuert werden soll. Daher soll die Anzahl der zu versorgenden Kinder bei der Berechnung der Steuer berücksichtigt werden. Entlastung der Familien Marke ÖVP führt nicht zu einer Benachteiligung der Frauen sondern hat zum Ziel, Familien die Vereinbarkeit von gemeinsamem Leben mit individuellen Berufslaufbahnen zu ermöglichen.

Die Grünen

Grüne Ideen zur steuerlichen Entlastung von Familien

- Beibehaltung der Individualbesteuerung
- Jährliche Inflationsanpassung der Familienbeihilfe
- PAK-Absetzbetrag: anstelle des AlleinverdienerInnenabsetzbetrags
- Mehr Investitionen in Sachleistungen anstelle von Geldleistungen!
- Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen
- Qualitative Verbesserung (Flexibilisierung) des bestehenden Angebots
- Gratis Kinderbetreuung ab 1 Jahr
- Verstärkte Förderung in Schulen sodass Nachhilfe nicht mehr nötig ist
- Verpflichtender Kindergarten 2 Jahre vor Schuleintritt (12h/Woche).
- Öko-Bonus für Kinder im Grünen Modell der ökologisch-sozialen Steuerreform
- Abschaffung der Studiengebühren
- Schaffung eines steuerfinanzierten, bundeseinheitlichen Pflegemodells
- die Erhöhung der Mittel für Bildung (etwa auch für Schulbücher und Unterrichtsmittel)

Maßnahmen für ein kinderfreundlicheres Klima

- Kein Kind in Österreich darf in Armut leben. - ARMUTSVERMEIDUNG
- eine umgehende Erhebung der UN-Kinderrechtskonvention in den Verfassungsrang. Dadurch würden zahlreiche Grundrechte von Kindern (etwa Recht auf Bildung, Recht auf gewaltfreie Erziehung etc.) einklagbar.
- Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie auf die Gesundheitsversorgung.
- Gegen Gewalt an Kindern: Gute Betreuungsangebote für Kinder und Eltern, ausreichender Wohnraum oder die Grundsicherung als finanzielles Netz können entlasten, aber zusätzlich sind vermehrte Angebote im Bereich Beratung sowie kindgerechte Aufklärung in Schulen notwendig.
- Minderjährige AsylwerberInnen brauchen grundsätzlich einen verbesserten Schutz, vor allem verbesserte Aufnahmebedingungen. AsylwerberInnen, die berufstätig sind oder subsidiären Schutz haben, müssen für ihre Kinder genauso Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld beziehen dürfen, wie alle anderen Eltern. Die Grünen fordern seit Jahren ein Verbot, Minderjährige in Schubhaft zu nehmen.
- Die Reduktion bzw. Vermeidung von Schadstoffen und die Sicherung von Lebensgrundlagen wie saubere Luft, sauberes Wasser, der Erhalt von Grünräumen sind Kernpunkte grüner Politik. Neben der Energiewende von Öl und Gas hin zu erneuerbaren Energieformen, dem Kampf gegen Feinstaub und Ozon bis hin zum Klimaschutzprogramm reicht der Bogen.

KPÖ

Kernpunkt einer sozialen Steuerreform ist für die KPÖ eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen, etwa durch Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen, Erhöhung der Körperschaftssteuer auf Gewinne von Kapitalgesellschaften und Aufhebung der steuerschonenden Privatstiftungen. Ein Familiensplitting wird von uns abgelehnt, weil es vor allem Männern mit hohem Einkommen zugute käme. Familienförderung soll nicht über die Steuerpolitik, sondern durch Maßnahmen wie Erhöhung und jährliche Valorisierung der Familienbeihilfe, Gratiskindereinrichtungen, mehr Zeit für die Familie durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung etc. erfolgen.

Die Christen

Ich werde mir erlauben, Ihnen ein Exemplar jener Ausgabe unserer Zeitung zu übersenden, in der unsere Vorstellungen vom Müttergehalt entwickelt werden. Was die Schaffung eines kinderfreundlicheren Klimas betrifft, scheint es mir persönlich unerlässlich, zuerst unsere grundlegenden Ziele in Richtung Aufklärung und Bewusstseinswandel zu verfolgen. Durch gutes Zureden allein läßt sich ein solches Klima offenbar nicht schaffen, wie die Erfahrungen der letzten Jahre (oder Jahrzehnte?) zeigen. Zu den Kindern, die sie haben, sind die Leute oft allzu „freundlich“, so daß es dann zur Wohlstandverwahrlosung kommt. Ich traue mir nicht zu, ein fertiges onzept vorzulegen, doch darf es sicher nicht bei Symptomkuren bleiben.